

Änderungsantrag

der Fraktionen CDU/CSU und FDP

zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (BT-Drucksache 17/6277)

1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 Buchstabe f wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Angabe zu § 80 werden folgende Angaben eingefügt:

„Fünfter Unterabschnitt

Jugendwohnheime

§ 80a Förderung von Jugendwohnheimen

§ 80b Anordnungsermächtigung“.

bb) Nach der Angabe zu § 131 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 131a Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen“.

b) In Nummer 6 werden in Absatz 3 Satz 2 nach den Wörtern „örtlichen Arbeitsmarkt“, die Wörter „Aufschluss über die Konzentration der Maßnahmen auf einzelne Träger sowie Aufschluss“ eingefügt.

c) Nummer 13 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 werden nach den Wörtern „Vierten Abschnitt“ die Wörter „und Leistungen nach § 131a“ eingefügt.

bb) In Nummer 6 werden die Wörter „115 Nummer 1 und 3“ durch die Wörter „115 Nummer 1 und 2, mit Ausnahme der Leistungen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildungsbeihilfe, sowie Nummer 3“ ersetzt.

d) Nummer 18 wird wie folgt geändert:

aa) § 45 wird wie folgt geändert:

aaa) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „vier“ durch das Wort „sechs“ ersetzt.

bbb) In Absatz 4 Satz 3 Nummer 3 wird das Wort „vier“ durch das Wort „sechs“ ersetzt.

ccc) Absatz 6 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die Vergütung nach den Sätzen 3 und 4 wird in Höhe von 1 000 Euro nach einer sechswöchigen und der Restbetrag nach einer sechsmonatigen Dauer des Beschäftigungsverhältnisses gezahlt.“

ddd) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „zwölf Wochen“ durch die Wörter „sechs Wochen“ und die Wörter „sechs Monaten“ durch die Wörter „drei Monaten“ ersetzt.

bb) § 51 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Betriebliche Praktika können abgestimmt auf den individuellen Förderbedarf in angemessenem Umfang vorgesehen werden.“

cc) Dem § 61 Absatz 3 und dem § 62 Absatz 3 wird jeweils folgender Satz angefügt:

„Als Bedarf für den Lebensunterhalt von Auszubildenden unter 18 Jahren werden zusätzlich die Entgelte für die sozialpädagogische Begleitung

- zugrunde gelegt, soweit diese nicht von Dritten erstattet werden.“
- dd) § 75 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Sie enden spätestens sechs Monate nach Begründung eines Arbeitsverhältnisses.“
- ee) § 76 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. der Anteil betrieblicher Ausbildungsphasen je Ausbildungsjahr angemessen ist.“
- ff) Dem Dritten Abschnitt wird folgender Fünfter Unterabschnitt angefügt:
- „Fünfter Unterabschnitt
Jugendwohnheime
§ 80a
Förderung von Jugendwohnheimen
Träger von Jugendwohnheimen können durch Darlehen und Zuschüsse gefördert werden, wenn dies zum Ausgleich auf dem Ausbildungsmarkt und zur Förderung der Berufsausbildung erforderlich ist und die Träger oder Dritte sich in angemessenem Umfang an den Kosten beteiligen. Leistungen können erbracht werden für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen.
§ 80b
Anordnungsermächtigung
Die Bundesagentur wird ermächtigt, durch Anordnung das Nähere über Voraussetzungen, Art, Umfang und Verfahren der Förderung zu bestimmen.“
- gg) § 88 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Arbeitsentgelt“ die Wörter „zum Ausgleich einer Minderleistung“ eingefügt.
- bbb) Satz 2 wird gestrichen.
- hh) Dem Wortlaut des § 89 wird folgender Satz vorangestellt:
- „Die Förderhöhe und die Förderdauer richten sich nach dem Umfang der Einschränkung der Arbeitsleistung der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers und nach den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes (Minderleistung).“
- ii) § 131 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Absatz 4 Nummer 2 wird das Wort „Ausbildungssuchende“ durch das Wort
- „Ausbildungssuchende“ ersetzt.
- bbb) Folgender Absatz 7 wird angefügt:
- „(7) Die Bundesagentur wird ermächtigt, durch Anordnung das Nähere über Voraussetzungen, Art, Umfang und Verfahren der Einstiegsqualifizierung zu bestimmen.“
- jj) Nach § 131 wird folgender § 131a eingefügt:
- „§ 131a
Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen
Abweichend von den Voraussetzungen des § 82 Satz 1 Nummer 1 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bei beruflicher Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten nach § 82 gefördert werden, wenn
1. der Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der Lehrgangskosten trägt und
 2. die Maßnahme vor dem 31. Dezember 2014 beginnt.“
2. Artikel 5 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
- aa) Buchstabe a Doppelbuchstabe aa wird wie folgt geändert:
- aaa) In Satz 1 Nummer 4 werden nach den Wörtern „Vierten Abschnitt“ die Wörter „und Leistungen nach § 131a“ eingefügt.
- bbb) In Satz 2 werden die Wörter „115 Nummer 1 und 3“ durch die Wörter „115 Nummer 1 und 2, mit Ausnahme der Leistungen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildungsbeihilfe, sowie Nummer 3“ ersetzt.
- bb) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:
- ,c) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 45“ durch die Angabe „§ 44“ ersetzt und folgender Satz wird angefügt:
- „Abweichend von § 45 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 Satz 3 Nummer 3 des Dritten Buches darf bei Langzeitarbeitslosen oder bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und deren berufli-

- che Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist, die Teilnahme an Maßnahmen oder Teilen von Maßnahmen, die bei oder von einem Arbeitgeber durchgeführt werden, jeweils die Dauer von zwölf Wochen nicht überschreiten.“
- b) Nummer 7 wird wie folgt geändert:
- aa) § 16d wird wie folgt geändert:
- aaa) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „§ 18d Satz 2 findet Anwendung.“
- bbb) Absatz 8 wird wie folgt gefasst:
- „(8) Auf Antrag werden die unmittelbar im Zusammenhang mit der Verrichtung von Arbeiten nach Absatz 1 erforderlichen Kosten, einschließlich der Kosten, die bei besonderem Anleitungsbedarf für das erforderliche Betreuungspersonal entstehen, erstattet.“
- bb) § 16e Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.
- c) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:
- „8. § 16f wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Die Agentur für Arbeit kann die Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erweitern.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Maßnahmen“ durch das Wort „Leistungen“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort „Maßnahmeinhalten“ durch das Wort „Inhalten“ ersetzt.
- cc) In Satz 3 wird das Wort „Maßnahmen“ durch die Wörter „Leistungen der Freien Förderung“ ersetzt.
- dd) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
- „Ausgenommen hiervon sind Leistungen für
1. Langzeitarbeitslose und
2. erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist,
- bei denen in angemessener Zeit von in der Regel sechs Monaten nicht mit Aussicht auf Erfolg auf einzelne Gesetzesgrundlagen dieses Buches oder des Dritten Buches zurückgegriffen werden kann.“
- ee) Satz 5 wird aufgehoben.
- ff) Im neuen Satz 7 wird das Wort „Maßnahmen“ durch das Wort „Förderungen“ ersetzt.“
- d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:
- „13. § 46 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
- „Für Leistungen nach den §§ 16e und 16f kann die Agentur für Arbeit insgesamt bis zu 20 Prozent der auf sie entfallenen Eingliederungsmittel einsetzen.“
3. Artikel 6 Nummer 3 wird wie folgt geändert:
- a) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
- „a) Der bisherigen Nummer 1 wird folgende Nummer 1 vorangestellt:
- „1. die Erstattung von Maßnahmekosten nach § 54 des Dritten Buches,“.
- b) Der bisherige Buchstabe a wird Buchstabe b und wie folgt gefasst:
- „b) Die bisherige Nummer 1 wird Nummer 1a und wie folgt geändert:
- aa) die Angabe „Absatz 2“ wird gestrichen.
- bb) Die Angabe „§ 58“ wird durch die Angabe „§ 94“ ersetzt.“
- c) Die bisherigen Buchstaben b bis f werden die Buchstaben c bis g.
4. Artikel 7 wird wie folgt gefasst:
- „ Artikel 7
- Weitere Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch
- § 71b Absatz 1 Nummer 1a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch - Gemeinsame

Vorschriften für die Sozialversicherung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 6 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufgehoben.“

5. In Artikel 51 Absatz 3 werden die Wörter „Artikel 6 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa“ durch die Wörter „Artikel 6 Nummer 3 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa“ ersetzt.

Begründung

Zu Nummer 1 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Buchstabe a (Nummer 1 Buchstabe f, Inhaltsverzeichnis)

Zu Doppelbuchstabe aa (§§ 80a und 80b)

Folgeänderung zur Aufnahme der Regelung zur Förderung von Jugendwohnheimen (§§ 80a und 80b).

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zur Aufnahme der befristeten Regelung zur Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen (§ 131a).

Zu Buchstabe b (Nummer 6, § 11 Absatz 3 Satz 2)

Die Formulierung entspricht der geltenden Rechtslage. Sofern sich vor Ort bei einzelnen Maßnahmen erkennbare Konzentrationen auf bestimmte Träger ergeben, soll die Eingliederungsbilanz weiterhin hierüber Auskunft geben. Damit soll die nötige Markttransparenz hergestellt und der Interpretations- und Erörterungsprozess der Eingliederungsbilanz unterstützt werden.

Zu Buchstabe c (Nummer 13, § 22 Absatz 4 Satz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 22 Absatz 4 Satz 1 Nummer 4)

Folgeänderung zu § 131a. Durch die Änderung wird sichergestellt, dass die Leistungen auch von den Jobcentern erbracht werden können.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 22 Absatz 4 Satz 1 Nummer 6)

Folgeänderung zu § 16 Absatz 1 Satz 3 SGB II, § 115 Nummer 2 und Korrektur eines Redaktionsversehens. Durch die Änderung wird sichergestellt, dass wie nach bisheriger Rechtslage die Leistungen der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der außerbetrieblichen Berufsausbildung sowie die Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für behinderte und schwerbehinderte Menschen weiterhin in der Leistungsverantwortung der Jobcenter erbracht werden können.

Zu Buchstabe d (Nummer 18)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 45)

Zu den Dreifachbuchstaben aaa und bbb (§ 45 Absatz 2 und Absatz 4)

Mit der Änderung wird künftig eine längere Aktivierungsphase bei Arbeitgebern ermöglicht. Die Möglichkeit, sich bei einem Arbeitgeber über einen län-

geren Zeitraum einbringen zu können, kann die Chancen zur Eingliederung verbessern.

Zu den Dreifachbuchstaben ccc und ddd (§ 45 Absatz 6 und Absatz 7)

Die Regelungen zur Ausgabe des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins nach Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 und zur Auszahlung einer Vergütung bei der ausschließlich erfolgsbezogen vergüteten Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung werden wieder so ausgestaltet, dass sie den bisherigen Regelungen in § 421g entsprechen.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 51 Absatz 4)

Zur Erhöhung der Flexibilität im Einzelfall sollen neben der rein betrieblichen Einstiegsqualifizierung trägergestützte berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit höheren Praktikaanteilen als bisher ermöglicht werden. Eine Steigerung der betrieblichen Nähe kann zur Erhöhung der Übernahmequoten in eine betriebliche Berufsausbildung führen. Um die Abgrenzung der trägergestützten berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen zu Einstiegsqualifizierungen aufrechtzuerhalten, wird der Anteil von Praktika auf einen je nach individuellem Förderbedarf angemessenen Umfang beschränkt.

Zu Doppelbuchstabe cc (§§ 61 Absatz 3 und 62 Absatz 3)

Die entsprechenden Kostenanteile für die sozialpädagogische Begleitung im Rahmen der nach den §§ 78a bis 78g des Achten Buches vereinbarten Entgelte sollen, anders als bei volljährigen Auszubildenden und anders als ursprünglich im Entwurf des Gesetzes vorgesehen, bei der Ermittlung des Bedarfs für den Lebensunterhalt bei Berufsausbildung und des Bedarfs für den Lebensunterhalt bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Die Vorschrift stellt zugleich klar, dass die entsprechenden Kostenanteile nicht berücksichtigt werden, wenn die Kosten der sozialpädagogischen Begleitung bereits von einem Dritten, z. B. dem Träger der Jugendhilfe nach dem Achten Buch, zu tragen sind.

Zu Doppelbuchstabe dd (§ 75 Absatz 2 Satz 2)

Die bisher vorgesehene Regelung des frühestmöglichen Beginns einer ausbildungsbegleitenden Hilfe ist redundant. Der mögliche Beginn der Förderung ergibt sich bereits abschließend aus den vorhergehenden Regelungen des § 75 Absatz 2 Satz 1. Keine der dort aufgeführten Alternativen lässt einen Beginn der Förderung vor dem Beginn des ersten Berufsausbildungsverhältnisses oder der Einstiegsqualifizierung zu.

Zu Doppelbuchstabe ee (§ 76 Absatz 1 Nummer 2)

Mit der Neuformulierung der zeitlichen Begrenzung betrieblicher Ausbildungsphasen wird deren Anteil in das Ermessen der Akteure vor Ort gestellt. Dabei bleiben die betrieblichen Ausbildungsphasen auf einen angemessenen Anteil an der Gesamtausbildungszeit begrenzt, um die Abgrenzung zu betrieblichen Berufsausbildungen sicherzustellen und potenziellen Missbrauch zu verhindern.

Zu Doppelbuchstabe ff (§§ 80a und 80b)

Die zunächst durch das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2917) mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 aufgehobene Regelung zur investiven Förderung des Jugendwohnheimbaus soll wieder aufgenommen werden. Die Möglichkeit einer anteiligen investiven Förderung soll dazu beitragen, das vorhandene Ausbildungspotential noch besser auszuschöpfen. Wo am Ausbildungsort keine anderweitigen Unterbringungsmöglichkeiten bestehen, kann eine Internatsunterbringung in einem Jugendwohnheim dazu einen Beitrag leisten. Die von allen Nutzergruppen gleichermaßen zu entrichtenden Entgelte nach den Entgeltvereinbarungen nach § 78b Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 78c des Achten Buches Sozialgesetzbuch enthalten gemäß den genannten Vorschriften bereits Vergütungsanteile für die zur Erbringung der vereinbarten Leistung betriebsnotwendigen Investitionen. Diese Entgelte nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch werden auch zur Berechnung des Bedarfs bei Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch herangezogen. Die in den Entgelten berücksichtigten Investitionskosten dienen der Bildung von Rücklagen zur Deckung zukünftigen Investitionsbedarfs (vergleiche Bundestagsdrucksache 16/10810 S.43). Den Abbau eines in der Vergangenheit entstandenen Sanierungsbedarfs können sie nicht abdecken. Hierzu soll die Regelung des § 80a dienen. Jugendwohnheime werden nach einer Untersuchung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von unterschiedlichen Zielgruppen genutzt. Eine Förderung durch die Agentur für Arbeit soll deshalb in der Regel höchstens dem Anteil der Nutzung der jeweiligen Einrichtung durch mit Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld geförderte Auszubildende entsprechen.

Zu Doppelbuchstabe gg (§ 88)**Zu Dreifachbuchstabe aaa (§ 88 Satz 1)**

Der Eingliederungszuschuss bezweckt einen Nachteilsausgleich für den Arbeitgeber, wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer zu Beginn der Beschäftigung wegen in seiner Person liegender Gründe in ihrer oder seiner Leistungsfähigkeit den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes nicht entspricht (Minderleistung). Es sollen nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert werden, die ohne eine Förderung mit Eingliederungszuschuss nicht oder nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden könnten.

Die bisherige Formulierung berücksichtigt die Minderleistung nicht als Förder-voraussetzung, sondern lediglich auf der Rechtsfolgenseite. Auch das Bundessozialgericht führt in seiner Rechtsprechung aus, dass die Minderleistung Bestandteil der Fördervoraussetzungen sein sollte (BSG, Urteil vom 6. April 2006, Az: B 7a AL 2/05 R). Mit der Ergänzung in § 88 wird klargestellt, dass eine Minderleistung Voraussetzung für eine Förderung ist. Damit wird Rechtssicherheit für Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Vermittler geschaffen.

Zu Dreifachbuchstabe bbb (§ 88 Satz 2)

Alle Regelungen zur Förderhöhe und -dauer werden künftig in § 89 geregelt.

Zu Doppelbuchstabe hh (§ 89)

Folgeänderung zu Doppelbuchstabe gg.

Zu Doppelbuchstabe ii (§ 131)**Zu Dreifachbuchstabe aaa (§ 131 Absatz 4 Nummer 2)**

Korrektur eines Rechtschreibfehlers.

Zu Dreifachbuchstabe bbb (§ 131 Absatz 7)

Korrektur eines Redaktionsversehens. Die bisher vorhandene Anordnungsermächtigung soll erhalten bleiben.

Zu Doppelbuchstabe jj (§ 131a)

Die befristete Regelung soll kleinen und mittleren Unternehmen und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verstärkt Anreize bieten, in berufliche Weiterbildung zu investieren. Dies ist im Hinblick auf den wachsenden Fachkräfte- und Qualifizierungsbedarf und der zu geringen Weiterbildungsbeteiligung in kleinen und mittleren Unternehmen erforderlich. Die Förderung wird daher abweichend von § 82 Absatz 1 Nummer 1 befristet für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geöffnet, die das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Förderung wird davon abhängig gemacht, dass sich der Arbeitgeber mit mindestens 50 Prozent an den Lehrgangskosten beteiligt. Dies ist sachgerecht, da die mit der Weiterbildung verbundene Verbesserung der Qualifikation auch dem Arbeitgeber zugute kommt und für die berufliche Weiterbildung dieses Personenkreises vorrangig Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst Verantwortung tragen. Die Wirkung der Regelung soll unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrungen im Rahmen der Wirkungsforschung nach § 282 insbesondere dahingehend evaluiert werden, ob die Förderung zur Steigerung der Weiterbildungsbereitschaft in KMU beiträgt.

Zu Nummer 2 (Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)**Zu Buchstabe a (Nummer 5, § 16)****Zu Doppelbuchstabe aa (§ 16 Absatz 1)****Zu Dreifachbuchstabe aaa (§ 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4)**

Folgeänderung zu § 131a SGB III. Durch die Änderung wird sichergestellt, dass die Leistungen auch von den Jobcentern erbracht werden können.

Zu Dreifachbuchstabe bbb (§ 16 Absatz 1 Satz 2)

Folgeänderung zu § 115 Nummer 2 SGB III und Korrektur eines Redaktionsversehens. Durch die Änderung wird sichergestellt, dass wie nach bisheriger Rechtslage die Leistungen der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der außerbetrieblichen Berufsausbildung sowie die Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für behinderte und schwerbehinderte Menschen weiterhin in der Leistungsverantwortung der Jobcenter erbracht werden können.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 16 Absatz 3)

Der Zeitraum, in dem der beschriebene Personenkreis in einer Maßnahme nach § 45 Absatz 1 SGB III bei einem Arbeitgeber gefördert werden kann, wird von vier Wochen auf bis zu zwölf Wochen erweitert. Dies ermöglicht einen länger dauernden Einsatz arbeitsmarktfremder Personen bei dem selben Arbeitgeber und soll deren Stabilisierung und Einsatzbereitschaft fördern. Die Möglichkeit, sich bei einem Arbeitgeber über einen längeren Zeitraum einbringen zu können, kann bei dem von der Regelung erfassten Personenkreis die Chancen zur Eingliederung in Arbeit maßgeblich verbessern.

Zu Buchstabe b (Nummer 7, §§ 16d und 16e)

Ziel der öffentlich geförderten Beschäftigung auf der Grundlage der §§ 16d und 16e bleibt stets die Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt, nicht eine Dauerförderung auf einem zweiten Arbeitsmarkt.

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 16d)**Zu Dreifachbuchstabe aaa (§ 16d Absatz 1)**

Der örtliche Beirat kann bei der Auswahl und Gestaltung von Eingliederungsleistungen durch praxisnahe und auf die örtlichen Verhältnisse bedachte Beratung einen wichtigen Beitrag bei der Konzeption der örtlichen Arbeitsmarktpolitik leisten. Insbesondere bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten ist eine Beteiligung der unmittelbar am lokalen Arbeitsmarkt beteiligten Akteure sinnvoll.

Zu Dreifachbuchstabe bbb (§ 16d Absatz 8)

Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt regelt die Kostenerstattung für Träger von Arbeitsgelegenheiten. Die im Regierungsentwurf hierfür festgelegte Begrenzung auf 30 Euro für Verwaltungskosten und 120 Euro für Betreuung bei besonderem Anleitungsbefehl wird zugunsten einer maßnahmebezogenen Kostenerstattung geändert.

Sach- und Personalkosten, die unmittelbar mit der Verrichtung der Tätigkeiten entstehen, werden den Maßnahmeträgern vom Jobcenter erstattet. Dies umfasst Personalkosten, die aus einem besonderen Anleitungsbefehl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer entstehen.

In Zukunft ist somit klar zwischen Arbeitsgelegenheiten und anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die der Aktivierung und Qualifizierung von Arbeitslosen dienen, zu trennen. Als Arbeitsgelegenheiten werden künftig ausschließlich Maßnahmenzeiten gefördert, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Arbeiten verrichten. Solche Maßnahmen können zur Wiederheranführung an das Arbeitsleben sinnvoll sein, um arbeitsmarktfremde Leistungsberechtigte beim Aufbau einer Tagesstruktur zu unterstützen, mit ihnen die Erledigung von Arbeitsaufträgen zu üben und sie entsprechend anzuleiten.

Die bisher zum Teil im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mitgeförderten Maßnahmeninhalte wie Profiling, Stabilisierung, Bewerbungstraining, Erarbeitung von beruflichen Alternativen und Anschlussper-

spektiven, Ausgleich schulischer Defizite sowie Qualifizierungen im niedrighschwelligen Bereich wie Computerkurse, Basispflegekurse werden künftig auf Grundlage der hierfür eigentlich vorgesehenen Instrumente, insbesondere § 45 SGB III, gefördert.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 16e)

Folgeänderung zur Neufassung des § 46 Absatz 2 Satz 3. Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sieht eine Begrenzung der auf § 16e entfallenen Eingliederungsmittel auf fünf Prozent des lokalen Eingliederungsbudgets vor. Die bisherige Regelung des § 16f begrenzt die Mittel der freien Förderung auf zehn Prozent des lokalen Eingliederungsbudgets. Künftig gibt es für die Leistungen nach § 16e und nach § 16f ein gemeinsames Budget von bis zu 20 Prozent des lokalen Eingliederungstitels.

Zu Buchstabe c (Nummer 8, § 16f)

Zu Nummer 8 Buchstabe a

Die Neufassung von Nummer 8 Buchstabe a ist eine Folgeänderung zu der in Nummer 13 geregelten Einführung eines gemeinsamen Budgets für Leistungen nach den §§ 16e und 16f von bis zu 20 Prozent des lokalen Eingliederungstitels in § 46 Absatz 2 Satz 3.

Zu Nummer 8 Buchstabe b

Mit dem neu gefassten Buchstaben b wird unter Doppelbuchstabe dd die im Gesetzentwurf enthaltene vollständige Aufhebung des Aufstockungs- und Umgehungsverbots für langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte auf den Personenkreis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen erweitert, um vor Ort noch flexibler auf die Problemlagen von jungen Menschen unter 25 Jahren eingehen zu können. Auch für diese muss in jedem Einzelfall geprüft und dokumentiert werden, dass gesetzlich geregelte Leistungen innerhalb einer Zeit von in der Regel sechs Monaten nicht erfolversprechend sind.

Beim genannten Personenkreis können die gesetzlich geregelten Leistungen künftig soweit modifiziert werden, wie es den Zielen und Grundsätzen des SGB II entspricht. Zu beachten sind generell insbesondere haushalts- und wettbewerbsrechtliche Vorschriften sowie beihilferechtliche Regelungen der Europäischen Union. Unter Beachtung des Grundsatzes von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bleibt es daher auch dabei, dass Leistungen nicht erbracht werden dürfen, wenn sie dem Grunde nach von anderen Leistungsträgern zu finanzieren sind.

Im Übrigen wurden in Buchstabe b Doppelbuchstabe aa bis cc sowie ee und ff die bisher unter Nummer 8 Buchstabe a bis e im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen übernommen.

Zu Buchstabe d (Nummer 13, § 46 Absatz 2 Satz 3)

Mit der Neufassung des § 46 Absatz 2 Satz 3 gibt es für die Leistungen nach den §§ 16e und 16f ein gemeinsames Budget von bis zu 20 Prozent des lokalen Eingliederungstitels. Die Regelung ermöglicht eine flexible Entscheidung der Jobcenter, zu welchem

Anteil sie die Mittel für welches Instrument einsetzen. Die Begrenzung der für geförderte Arbeitsverhältnisse und freie Förderung verwendeten Mittel dient der Vermeidung von Verdrängungseffekten am Arbeitsmarkt. Die Jobcenter sind nicht verpflichtet, das Budget zu nutzen. Vielmehr können die Mittel im Rahmen des Eingliederungstitels für andere Eingliederungsinstrumente eingesetzt werden.

Zu Nummer 3 (Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch)

Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ändert die bisherige Rechtslage, nach welcher der Anspruch der Auszubildenden auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) auch die Maßnahmekosten für eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) umfasst (§ 59 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 69 SGB III). Aus systematischen Gründen werden solche Maßnahmekosten künftig von der Bundesagentur für Arbeit direkt an den Träger einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme erstattet (§ 54 SGB III). Ohne die Änderung käme es zu einer nicht durch den Gesetzentwurf beabsichtigten Verschiebung der Kosten im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit. Nach geltendem Recht sind die für BvB zu übernehmenden Kosten, die nach dem Haushaltssoll für das laufende Jahr ein Volumen von 362 Millionen Euro haben, Teil der Pflichtleistung BAB und damit in Kapitel 3 des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit zu veranschlagen. Als isolierte Ermessensleistung wären BvB aber nach dem Grundsatz des

§ 71b Absatz 1 aus dem Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit zu finanzieren. Die Änderung des Gesetzentwurfes ermöglicht es, dass die Maßnahmekosten weiter bei dem bisherigen Haushaltstitel verbleiben können.

Durch die Aufnahme der Kosten von Maßnahmen nach § 54 SGB III als Nummer 1 in den Ausnahmekatalog wird bewirkt, dass der in § 71b Absatz 1 enthaltene haushaltsrechtliche Grundsatz der Zuweisung von Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung in einen besonderen Eingliederungstitel insoweit keine Anwendung findet. Die so erreichte haushaltsrechtliche Kontinuität steht in Übereinstimmung damit, dass bei der Neuregelung der Übernahme von Maßnahmekosten in § 54 SGB III keine Änderungen in der Sache beabsichtigt waren. Die Erweiterung der Ausnahmen in § 71b Absatz 1 macht weitere redaktionelle Änderungen der Vorschrift erforderlich, welche der geänderten Zählung geschuldet sind.

Zu Nummer 4 (Weitere Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch)

Folgeänderung zu Nummer 3, die berücksichtigt, dass § 71b Absatz 1 Nummer 1 nunmehr mit einer auf Dauer angelegten Ausnahmeregelung für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen belegt ist.

Zu Nummer 5 (Inkrafttreten)

Redaktionelle Folgeänderung zu Nummer 3.

Anlage:

**Entwurf eines Gesetzes
zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt
Übersicht der Änderungsanträge der Fraktionen
der CDU/CSU und FDP**

Paragraph	Inhalt des Änderungsantrages
§ 11 Absatz 3 SGB III-E	Eingliederungsbilanz: Die bisherige Regelung, dass die Eingliederungsbilanz Aufschluss über die Konzentration der einzelnen Maßnahmen auf einzelne Träger geben soll, wird beibehalten.
§ 22 Absatz 4 SGB III-E	Verhältnis Leistungen SGB II/SGB III: Fortführung der bisherigen Rechtslage. Folgeänderung zur Ergänzung des § 16 Absatz 1 Satz 3 SGB II-E, damit wie bisher behinderte junge Menschen des Rechtskreises SGB II die Förderleistungen Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung, außerbetriebliche Berufsausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen durch die Jobcenter (und nicht durch die Agenturen für Arbeit) erhalten.
§ 45 Absatz 2 Satz 2 SGB III-E	Verlängerung Aktivierungsmaßnahmen bei Arbeitgebern: Flexibilisierung der Praktikaphasen bei Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung auf bis zu sechs Wochen.
§ 45 Absatz 6 und Absatz 7 SGB III-E	Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein: Übernahme des geltenden Rechts bei ausschließlich erfolgsbezogener Vergütung für eine Arbeitsvermittlung in ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis (bisheriger Vermittlungsgutschein nach § 421g) <ol style="list-style-type: none"> 1. Auszahlung der Vergütung bei ausschließlich erfolgsbezogener Vermittlung in zwei gleichen Raten à 1.000 € nach sechswöchiger bzw. sechsmonatiger Beschäftigungsdauer anstatt Drittelauszahlung (§ 45 Absatz 6 SGB III-E) 2. Der Rechtsanspruch auf Ausstellung eines Gutscheins für eine ausschließlich erfolgsbezogen vergütete Arbeitsvermittlung („Wartezeit“) für Arbeitslose mit Arbeitslosengeldanspruch soll bereits nach einer Arbeitslosigkeit von sechs Wochen innerhalb einer Frist von drei Monaten entstehen anstatt nach 12 Wochen innerhalb von sechs Monaten (§ 45 Absatz 7 SGB III-E).
§ 51 Absatz 4 SGB II-E	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: Zulassung von betrieblichen Praktikaphasen bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen „in angemessenem Umfang“ - keine Beschränkung mehr auf die Hälfte der vorgesehenen Maßnahmedauer.
§§ 61 Absatz 3, 62 Absatz 3 SGB III-E	Berufsausbildungsbeihilfe: Berücksichtigung der Kosten für die sozialpädagogische Begleitung von Auszubildenden unter 18 Jahren bei der Ermittlung des Bedarfs für den Lebensunterhalt bei Berufsausbildung und des Bedarfs für den Lebensunterhalt bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen.
§ 75 Absatz 2 Satz 2 SGB III-E	Ausbildungsbegleitende Hilfen: Die redundante Regelung desfrühestmöglichen Beginns einer ausbildungsbegleitenden Hilfe wird gestrichen. Der mögliche Beginn der Förderung ergibt sich bereits abschließend aus § 75 Absatz 2 Satz 1 SGB III-E.
§ 76 Absatz 1 Nummer 2 SGB III-E	Außerbetriebliche Berufsausbildung: Zulassung von betrieblichen Ausbildungsphasen bei außerbetrieblicher Berufsausbildung „in angemessenem Umfang“ - keine Beschränkung mehr auf sechs Monate je Ausbildungsjahr.
§§ 80a und 80b SGB III-E	Investive Förderung Jugendwohnbau: Wiederaufnahme der zum 31. Dezember 2008 aufgehobenen Regelung zur anteiligen investiven Förderung des Jugendwohnbaus. § 80b SGB III-E ermöglicht der Bundesagentur für Arbeit, durch Anordnungs-ermächtigung das Nähere über Voraussetzungen, Art, Umfang und Verfahren der Förderung zu bestimmen.

Paragraph	Inhalt des Änderungsantrages
§§ 88 und 89 SGB III-E	Eingliederungszuschuss: Die rechtssystematische Klarstellung zur Definition der Minderleistung als Fördervoraussetzung für den Eingliederungszuschuss soll Rechtsklarheit schaffen. Der Eingliederungszuschuss soll nur geleistet werden können, wenn eine arbeitslose Person mit Vermittlungshemmnissen am konkret zu besetzenden Arbeitsplatz eine Minderleistung erbringt.
§ 131 Absatz 4 Nummer 2 SGB III-E	Einstiegsqualifizierung: Redaktionelle Änderung des Wortes „Ausbildungssuchende“
§ 131 Absatz 7 SGB III-E	Einstiegsqualifizierung: Korrektur eines Redaktionsversehens. Die bisherige Anordnungsermächtigung soll erhalten bleiben.
§ 131a SGB III-E	Weiterbildungsförderung von Beschäftigten in KMU: Befristet auf drei Jahre wird eine Weiterbildungsförderung von Beschäftigten auch unter 45 Jahren in KMU ermöglicht; hierfür ist eine Kofinanzierung von mindestens 50 Prozent durch den Arbeitgeber erforderlich.
§ 16 Absatz 1 Satz 3 SGB II-E	Verhältnis Leistungen SGB II/SGB III: Fortführung der bisherigen Rechtslage. Ergänzung des § 16 Absatz 1 Satz 3 SGB II-E, damit wie bisher behinderte junge Menschen des Rechtskreises SGB II die Förderleistungen Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung, außerbetriebliche Berufsausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen durch die Jobcenter (und nicht durch die Agenturen für Arbeit) erhalten.
§ 16 Absatz 3 SGB II-E	Verlängerung Aktivierungsmaßnahmen bei Arbeitgebern: Flexibilisierung der Praktikaphasen bei Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung auf bis zu zwölf Wochen für Langzeitarbeitslose und für junge Menschen (U 25) mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen im Rechtskreis SGB II.
§ 16d Absatz 1 SGB II-E	Arbeitsgelegenheiten: Klarstellung zur Beteiligung der Beiräte bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten.
§ 16d Absatz 8 SGB II-E	Arbeitsgelegenheiten: Keine feste Trägerpauschale mehr, sondern Erstattung der Kosten der Träger bei der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten in tatsächlicher Höhe. Die Erstattung der Trägeraufwendungen wird begrenzt auf den Aufwand, der unmittelbar mit der Ausübung der Arbeiten verbunden ist (angemessene Sach- und Personalkosten).
§ 16e Absatz 1 Satz 2 SGB II-E	Förderung von Arbeitsverhältnissen: Aufgrund der Schaffung eines gemeinsamen Budgets für die Förderung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse (§ 16e SGB II-E) und die Freie Förderung (§ 16f SGB II-E) in § 46 Absatz 2 SGB II-E wird Satz 2 gestrichen.
§ 16f Absatz 2 SGB II-E	Freie Förderung: Ausweitung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Aufhebung des Aufstockungs- und Umgehungsverbots über Langzeitarbeitslose hinaus auf junge Menschen (U 25) mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen.
§ 46 Absatz 2 Satz 3 SGB II-E	Gemeinsames Budget: Für die Förderung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse (§ 16e SGB II-E) und die Freie Förderung (§ 16f SGB II-E) wird ein gemeinsames Budget von bis zu 20 % der örtlichen Eingliederungsmittel vorgesehen. Dies ermöglicht eine flexible Entscheidung der Jobcenter, zu welchem Anteil sie die Mittel für welches Instrument einsetzen.
§ 71 b Absatz 1 SGB IV	Veranschlagung der Arbeitsmarktmittel im Haushalt der BA: Die Maßnahmekosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (§ 54 SGB III-E) werden in die Aufzählung der Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung, die nicht im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in einen Eingliederungstitel einzustellen sind, aufgenommen. Damit wird klargestellt, dass BvB-Maßnahmekosten weiterhin aus Kapitel 3 des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.

